

VERONIKA SZIKORA

*Veronika Szikora, Uni-Dozentin Universität Debrecen,
Staats-und Rechtswissenschaftliche Fakultät, Lehr-
stuhl für Bürgerliches Recht*

**MODERNISIERUNG UND REFORMEN IN DEUTSCHEN
UND ÖSTERREICHISCHEN GESELLSCHAFTSRECHT¹**

I. Deutschland – Deutsches Gesellschaftsrechtsreform (MoMiG, 2008)

I/1. Ziele des MoMiG

Das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) (Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen)² vom 23. Oktober 2008 ist ein reines Änderungsgesetz,³ mit dem das deutsche GmbH-Recht grundlegend reformiert worden ist. Ziele des Gesetzes sind vor allem:

- Beschleunigung und Vereinfachung von Unternehmensgründungen;
- Erhöhung der Attraktivität der GmbH als Rechtsform;
- Bekämpfung von Missbräuchen.

Aufgrund der Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union ist es zu einem vermeintlichen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Gesellschaftsformen gekommen, die die unterschiedlichen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten vorsehen. Hierbei stehen die verschiedenen in der Union bestehenden Gesellschaftsformen – auf dem Papier – in direkter Konkurrenz zueinander. Interessant erschien gerade Unternehmern ohne Kapital die englische Limited. Hierdurch hielt es der Gesetzgeber für notwendig, die Attraktivität der deutschen GmbH zu verbessern.

So ist nun im Gesetz geregelt, dass der Verwaltungssitz der Gesellschaft frei gewählt werden kann. Es ist nun möglich, eine GmbH mit Satzungssitz in Deutschland nach deutschem Recht zu gründen, die ihr operatives Geschäft und den Sitz der Verwaltung ausschließlich im Ausland hat. Satzungssitz und Verwaltungssitz dürfen auseinanderfallen. Eine inländische Geschäftsadresse ist jedoch weiterhin erforderlich.

I/2. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)⁴

Auf steigende Attraktivität der GmbH gegenüber der englischen Limited zielt auch die Möglichkeit, eine Gesellschaft mit einem Stammkapital von weniger als 25.000 Euro zu gründen. Diese Gesellschaft muss den Rechtsformzusatz „Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)“ führen, unterliegt aber weitgehend denselben Regelungen wie die reguläre GmbH. Abweichungen (Beispiele): nur Bargründungen möglich, keine Sacheinlagen. Das Stammkapital ist bei der Gründung voll einzuzahlen, es besteht jedoch die Pflicht, jährlich ein Viertel des Überschusses in eine Gewinnrücklage einzustellen, bis das Stammkapital in Höhe von 25.000 Euro erreicht ist.⁵

II. Österreichische Reform

Die Gesellschaftsrecht in Österreich auszuschildern, scheint nicht eine leichte Aufgabe zu sein, aber hinsichtlich auf ihre Eigenheiten und ihren großen Einfluss auf die Entwicklung der europäischen gesellschaftsrecht ist jedenfalls erforderlich.

Das Gesellschaftsrecht ist weit verbreitet, es gibt kaum wenig Bereiche unberührt geblieben, ihr Spektrum ist allerdings groß. Was die Regelung betrifft, – ähnlich wie bei der deutschen – es gibt keine Kodifikation. Die Regelungen bezüglich den einzelnen Gesellschaftsformen sind nicht in einem einheitlichen „Gesellschaftsgesetz“ zu finden, sondern diese sind – ähnlich wie bei der deutschen Lösung – von ABGB, HGB, UGB und sonstigen Rechtsquellen zu erkennen.

II/1. Historischer Hintergrund

In Österreich wurde das HGB erst nach dem Anschluss (Österreich)⁶ 1938 eingeführt und durch die „Vierte Verordnung zur Einführung handelsrechtlicher Vorschriften im Lande Österreich vom 24. Dezember 1938“ am 1. März 1939 in Kraft gesetzt. Die 4. Einführungsverordnung (EVHGB)⁷ enthielt auch zahlreiche Bestimmungen zur Harmonisierung mit den Normen des Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB)

Nach 1945 wurde das HGB einschließlich des 5. Buches über den Seehandel in Österreich in Geltung belassen. Seither entwickelten sich das deutsche und das österreichische HGB getrennt, auch wenn die Kernbestimmungen immer noch vergleichbar sind.

II/2. Reform des Handelsgesetzbuches und neue UGB

In der rechtspolitischen und rechtswissenschaftlichen Diskussion wird seit längerem eine Gesamtreform des Handelsgesetzbuchs gefordert, mit der der komplizierte und überholte Tatbestand des Kaufmanns zugunsten eines modernen einheitlichen Unternehmerbegriffs aufgegeben werden sollte.⁸

II/2.1. Handelsrechts-Änderungsgesetz (HaRÄG) 2005

Mit 1. Jänner 2005 wurde das österreichische Handelsgesetzbuch (HGB) mit dem Handelsrechts-Änderungsgesetz (HaRÄG), in großem Umfang novelliert und dabei in Unternehmensgesetzbuch (UGB) umbenannt. Die wesentliche Änderung ist, dass an die Stelle des Begriffs des Kaufmanns der bereits vorher im Konsumentenschutzgesetz verwendete Begriff des Unternehmers als Normadressat tritt. Es wurde mit dem Unternehmensrechts-Änderungsgesetz (URÄG 2008), das 2009 in Kraft trat, nochmals angepasst.

Hauptziel der Reform ist eine grundlegende Modernisierung des Handelsgesetzbuches als zentraler Beitrag zur Vereinfachung und Deregulierung des Unternehmensrechts.

II/2.2. Das neue UGB

Seit Anfang 2007 ist das Unternehmensgesetzbuch (UGB) in Kraft, welches das Handelsgesetzbuch (HGB) abgelöst hat.⁹ Das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 wird umbenannt in „Bundesgesetz über besondere zivilrechtliche Vorschriften für Unternehmen (Unternehmensgesetzbuch – UGB)“.¹⁰

Das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 wird umbenannt in „*Bundesgesetz über besondere zivilrechtliche Vorschriften für Unternehmen (Unternehmensgesetzbuch – UGB)*“

Der Begriff „Kaufmann“ stirbt mit dem neuen UGB endgültig aus. An Stelle der bisherigen Begriffe „Kaufmann“ und „Kaufleute“ (zB in § 1 HGB) tritt der Begriff „Unternehmer“. An Stelle des bisherigen Begriffes „Handelsgewerbe“ tritt der Begriff „Unternehmen“. Kaufleute gemäß § 1 Abs 1 HGB gelten ab In-Kraft-Treten des UGB automatisch als Unternehmer iSd § 1 UGB.¹¹

Das UGB ist in vier (wesentliche) Bücher gegliedert.

- Erstes Buch: Allgemeine Bestimmungen, Firmenbuch, Prokura etc.
- Zweites Buch: Die verschiedenen Gesellschaftsformen
- Drittes Buch: Rechnungslegung, Bilanzierung etc.
- Viertes Buch: Unternehmensbezogene Geschäfte (wie Spedition etc.)

Die Neuordnung des Unternehmensrechts durch das UGB ist nach Zahl und Gehalt der Änderungen die tiefst greifende Umgestaltung seit Einführung des ehemaligen HGB. Ihre Kernpunkte sind der Übergang vom Kaufmanns- zum Unternehmerbegriff, die Liberalisierung der Firmenbildung, die Öffnung der OG bzw. KG für Kleinunternehmer sowie zahlreiche Änderungen im Recht der Personengesellschaften und der unternehmensbezogenen Geschäfte.

Neben dem UGB als zentrales Gesetz des Unternehmensrechts sind Gesetze in folgenden Bereichen von Bedeutung:

- Banken- und Kapitalmarktrecht
- Gesellschaftsrecht
- Wertpapierrecht
- Wettbewerbsrecht

Unterschiede HGB – UGB¹²

Im Unterschied zum HGB ist das UGB wieder mit dem ABGB und den österreichischen Rechtsgrundsätzen leichter vereinbar. Das deutsche HGB wurde beim Anschluss (Österreich) anstelle des AHGBs gesetzt und wurde mit dem ABGB zur die Einführungsverordnung (EVHGB) mit dem ABGB kompatibel gemacht. Dabei wurde durch die EV das österreichische Recht im Geltungsbereich des Handelsrechts verdrängt und Grundsätze des BGBs angewandt.

II/2.3. Unternehmensrechtsänderungsgesetz 2008

Durch das am 10. April 2008 beschlossene Unternehmensrechtsänderungsgesetz wurde die 8. EU-Richtlinie in nationales Recht übernommen. Das Unternehmensrechtsänderungsgesetz 2008 (URÄG 2008) wurde am 7. Mai 2008 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I Nr. 70/2008) veröffentlicht. Dadurch wurden die Publizitätspflichten der Unternehmen sowie die Überwachungspflichten des Aufsichtsrats erheblich ausgeweitet.

II/2.4. GmbH-Reform, 2013

a.) Das Mindeststammkapital der GmbH wird von EUR 35.000 auf EUR 10.000 gesenkt. Auch die Gründungskosten werden gesenkt.

Mit Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz 2013 (GesRÄG 2013)¹³ wurde die schon lange angekündigte GmbH-Reform beschlossen. Die Änderungen traten mit 1.7.2013 in Kraft. Hinzuweisen ist, dass es sich nicht um eine eigenständige neue GmbH neben der „alten“ handelt, sondern dass nur die bestehende GmbH reformiert wurde. Motive für die Reform waren, dass das Mindeststammkapital von EUR 35.000 im EU-Vergleich in Österreich am höchsten war. Dies führte zu einer vermehrten Gründung von österreichischen Niederlassungen von insbesondere britischen limited-companies für die kein Gründungskapital erforderlich ist.

b.) Die wesentlichen Änderungen

Das Mindeststammkapital für die Gründung beträgt statt EUR 35.000 bloß EUR 10.000, wobei nur die Hälfte davon sofort in bar aufgebracht werden. Es besteht auch die Möglichkeit, bei einer nach geltendem Recht bestehenden GmbH das Stammkapital auf EUR 10.000 herabzusetzen. Die Mindest-Körperschaftssteuer von 5 % des Stammkapitals reduziert sich auf EUR 500. Außerdem entfällt die Veröffentlichungspflicht der Eintragung in der Wiener Zeitung (Kosten ca. EUR 150).

ALT – HGB: bis 31.12.2006	NEU – UGB: ab 1.1.2007
347 Satz 2 HGB: <i>diligentia quam in suis</i>	347 UGB: Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmers
Art 8 Nr. 2: jede an einem einseitigen Handelsgeschäft beteiligte Person verpflichtet auch entgangenen Gewinn	349 UGB: <i>beiderseitigen</i> unternehmensgezogenen Rechtsgeschäft: auch entgangener Gewinn
348 HGB: Vollkaufmann kein richterliches Mäßigungsrecht bei Vertragsstrafe	1336 Abs 2 ABGB: auch <i>Unternehmer</i> richterliches Mäßigungsrecht bei Vertragsstrafe
349 HGB: Bürgschaft: Vollkaufmann: Bürge+Zahler – keine Schriftform	1355 ABGB: Bürgschaft <i>subsidiär</i> + <i>Schriftform</i> 1346/2 ABGB
leasio enormis: 351a HGB nicht für Kaufmann	leasio enormis 351 UGB <i>auch Unternehmer</i> / dispositiv
1333 Abs 2 ABGB Verzugszinsen	352 UGB Verzugszinsen
362 HGB Vertragsabschluss durch Schweigen	863 ABGB grundsätzlich nicht möglich
Art 8 Nr. 11 4.EVHGB falsus procurator: Erfüllungsinteresse Abs 2: kein Verschulden: Vertrauensinteresse Abs 3: kannte oder kennen musste: Kulpakompensation	1019 ABGB falsus procurator Vertrauensschaden kein Verschulden: keine Haftung bei Mitverschulden: 1304 Teilersatz
366 HGB gutgläubiger Eigentumserwerb	367 ABGB gutgläubiger Erwerb : entgeltlicher Erwerb von einem Unternehmer im gewöhnlichen Betrieb seines Unternehmens
377 HGB Mängelrüge – bei Kauf – beiderseitiger Handelskauf – unverzüglich – trotzdem wenn arglistig verschwiegen	377 UGB Mängelrüge – bei Kauf, Werlieferungsvertrag, Tausch, Werkvertrag – beiderseitiges Unternehmensgeschäft – <i>angemessene</i> Frist (im Zweifel: 14 Tage) – wenn versäumt: keine Gewährleistung, SchE, Irrtum – trotzdem Mangelfolgeschaden + deliktischer SchE – Abs 3: trotzdem wenn Vorsatz + grob Fahrl. – Abs 4: rechtzeitige Absendung der Mangelanzeige
Art 8 Nr 14 EVHGB außergerichtliche Pfandverwertung, im ABGB nur gerichtliche Pfandverwertung	466a ABGB immer <i>außergerichtliche Pfandverwertung</i> 1 Monat nach Androhung 1 Woche nach Androhung bei Unternehmer
Art 8 Nr 20 EVHGB Versandungskauf	Gefährtragung: immer 1051 iVm 1048 / 429
Kreditkauf: Art 8 Nr 21 EVHGB: kein Rücktritt nach 918	Kreditkauf 1063 ABGB Kauf auf Borg: Rücktritt nach 918 ABGB
Spezifikationskauf: 375 HGB analog im ABGB	Spezifikationskauf 1063b ABGB

II/2.5. Änderungen im GmbH-Recht mit 1. März 2014

Am 24. Februar 2014 hat der Nationalrat das Abgabenrechtsänderungsgesetz 2014 (AbgÄG 2014),¹⁴ beschlossen, das auch Änderungen des GmbH-Gesetzes und des Firmenbuchgesetzes enthält.

Folgende Änderungen trat mit 1. März 2014 in Kraft: Das Mindeststammkapital der GmbH beträgt ab März 2014 wieder 35.000 Euro. Eine neu gegründete GmbH kann jedoch die sogenannte „Gründungsprivilegierung“ in Anspruch nehmen, wodurch die Gesellschafter ihre Einzahlungspflicht auf die von ihnen übernommenen Stammeinlagen für maximal zehn Jahre auf insgesamt 10.000 Euro beschränken können (sogenannte „gründungsprivilegierte Stammeinlagen“). Diese Beschränkung der Einzahlungspflicht gilt auch im Fall einer Exekution gegen die oder einer Insolvenz der Gesellschaft. Wenn eine Gesellschaft die Gründungsprivilegierung in Anspruch nimmt, wird dieser Umstand – samt der Höhe der von den einzelnen Gesellschaftern übernommenen gründungsprivilegierten Stammeinlagen – im Firmenbuch eingetragen.

¹ Die Forschung dieses Artikels ist durch die einzelne Forschungsförderung des zwischen Debreceni Egyetem und Igazságügyi Minisztérium geschlossenen Vertrages für *{Jogászképzés színvonalának emelését célzó programok} keretében oktatói – hallgatói közös kutatás megvalósítására a 2016/2017. tanévre* unterstützt.

² Bundesgesetzblatt (2008.10. 28.) (BGBl. 2008, Teil I Nr. 48, S. 2026.)

³ Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) Stand: 23. Mai 2007 (1–141.); Bundesministeriums der Justiz – Schwerpunkte des Gesetzes zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) Berlin, 26. Juni 2008 (1–7.). Siehe noch: Andreas Christian Töller: Die MoMiG-Reform und ihre Auswirkungen auf den Gläubigerschutz im nationalen sowie internationalen Kontext, Frankfurt, M.: PL Acad. Research, Köln, Univ., Diss. (2013)

⁴ MoMiG, Artikel 1 Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (5.)

⁵ A MoMiG és az UG témáját érintő néhány magyar tanulmány született, ezekből a következőkre szeretném felhívni a figyelmet: Janos Verebics: *Gazdaság és Jog*, 2008/11. 10–14.; Márta Brehószki: *Mennyire korlátozt a jogi személy gazdasági társaságok tagjainak felelőssége? A felelőség-áttörés hazánkban és a „lepelátászúrás” doktrínája az Amerikai Egyesült Államokban*, PhD Dissertationen,

Budapest (2009) 14.; Tibor Nocht: A magánjogi felelősség útjai, Dialóg Campus, Budapest – Pécs (2005); Szabolcs Sárközy: Pro Publico Bono, 2013/3. 75–88.; Szabolcs Sárközy: Jogtudományi Közöny, 2013/6. 301–312.; István Sándor: Változási tendenciák a társasági jogban a 21. század elején Gazdaság és Jog, 2011/1. 11–18., Szabolcs Sárközy: Pro Publico Bono, 2013/3. 82.

⁶ Siehe noch:: István Szabó: Az „Anschluss” kérdése az első világháború utáni osztrák közjogban, Miskolci Jogi Szemle, 2006/1. 72–91.; István Szabó: Ausztria négyhatalmi megszállása és az 1955-ös államszerződés, Publicationes Universitatis Miskolciensis Series Juridica et Politica 26., Miskolc (2008) 175–195.

⁷ EVHGB – Erste bis Vierte Verordnung zur Einführung handelsrechtlicher Vorschriften im Lande Österreich vom 24. Dezember.

⁸ Die Österreichische Justiz (Homepage), <http://www.justiz.gv.at/vorhaben/index.php?nav=10&st=1&th=3&sth=10&set=show&pj=32> (04.12.2006)

Siehe: Straube, Manfred: Wiener Kommentar zum Unternehmensgesetzbuch – UGB, 4. Auflage, Wien, Manz (2011) Der Wiener Kommentar zum Unternehmensgesetzbuch – UGB wird in der Regel nach dessen Herausgeber Straube-Kommentar genannt. Das ursprünglich als HGB Kommentar erscheinende Werk liegt nunmehr, 4 Jahre nach dem Inkrafttreten des UGB, in der 4. Auflage vor, die erstmals das Unternehmensgesetzbuch kommentiert.

⁹ Das UGB wurde im September 2005 im Nationalrat beschlossen und tritt am 1.1.2007 in Kraft. In Übergangsbestimmungen ist detailliert geregelt, welche einzelnen neuen Gesetzesbestimmungen davon abweichend ab welchem anderen Zeitpunkt anzuwenden sein werden.

¹⁰ Siehe: Friedrich Harrer – Peter Mader: *Die HGB- Reform in Österreich*, Wien: LexisNexis ARD Orac (2005); Gerhard Schummer – Sabine Kriwanek: *Das neue Unternehmensgesetzbuch. Aus HGB wird UGB*, Wien, LexisNexis ARD Orac (2006); Gerhard Schummer: *Allgemeines Unternehmens*, 6. Auflage, Wien, LexisNexis ARD Orac (2006); Günter H. Roth – Hanns Fitz: *Unternehmensrech. Handels- und Gesellschaftsrecht*, 2. neu bearb. Auflage, Wien, LexisNexis ARD Orac (2006); Georg Nowotny: *Gesellschaftsrecht, Kurzlehrbuch*, verf. von Georg Nowotny, 3. Aufl., Wien, Verl. Österreich (2007); Michael Gruber (Hrsg.) – Hans Georg Koppensteiner: *Gesellschaftsrecht, Wettbewerbsrecht, Europarecht, Hans-Georg Koppensteiner zum 70. Geburtstag*, Wien, LexisNexis-Verl. ARD Orac (2007); Wilma Dehn (Hrsg.): *Das neue UGB (die Handelsrechtsreform im Überblick nach dem HaRÄG, PuG und ÜbRÄG 2006; Berücksichtigung der steuerlichen Anpassungen durch StruktAnpG 2006, 2. Wartungserlass 2006 EStR 2000, RV zum BudgetbegleitG 2007)*; 2., aktualisierte Aufl., Wien, Linde (2007) und: <http://www.klinger-rieger.at/steuern-oesterreich/2007-01-unternehmensgesetzbuch-ugb-neu-2007.htm> (Stand 2.09.2008); http://www.notar-fellner.at/news/cms,id,16,nodeid,23,_language,de.html (Stand: 07.11.2007); Martin Schauer: *Az osztrák kereskedelmi jog reformja, Magyar Jog*, 2007/2., 118–126.; Barna Berke – Judit Fazekas – Gábor Gadó – Miklós Király – András Kisfaludy – Bodnár Péter Miskolczi: *Európai társasági jog* (herg.: – Bodnár Péter Miskolczi) – Budapest: KJK-Kerszöv (2000) 40.; Veronika Szikora: *Az osztrák kereskedelmi jog reformja: az Unternehmensgesetzbuch bevezetésének előzményei és következményei*. In: Acta Coventus de Iure Civili Tomus X., szerk.: Papp Tekla, Szeged, Lectum Kiadó (2009) 309–321.; Veronika Szikora: *Társasági jogi reform Ausztriában – vállalkozási törvény*, Gazdaság és Jog, 2008/12. 3–7.

¹¹ http://www.slc-europe.com/xist4c/web/unternehmensgesetzbuch-oesterreich-2007_id_3883__dId_9420_.htm;jsessionid=4E26553F6657B85C10A3456C4A1ABA5A (10.12.2006)

¹² Rechtskursakademie (Homepage), <http://www.rechtskurse.at/rechtskurse.html>, ALT – HGB: bis 31.12.2006, NEU – UGB: ab 1.1.2007 (31.12.2012).

¹³ Bundesgesetz, mit dem das GmbH-Gesetz, die Insolvenzordnung, das Notariatstärkengesetz, das Rechtsanwaltsstärkengesetz und das Körperschaftsteuergesetz 1988 geändert werden (Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz 2013 – GesRÄG 2013)

¹⁴ Bundesgesetz, mit dem (...) das GmbH-Gesetz, das Notariatstärkengesetz, das Rechtsanwaltsstärkengesetz, das Firmenbuchgesetz sowie das Zahlungsdienstegesetz geändert werden und der Abschnitt VIII des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 325/1986 aufgehoben wird (Abgabenänderungsgesetz 2014 – AbgÄG 2014).

Summary

Veronika Szikora. Modernization and reforms in German and Austrian company law.

The company law will never be a silent water, because the impulses and the needs of the business sphere is pressing it into continuous move. The knowledge of company law reforms of other legal systems shall have a significantly effect and influence on better understanding and developing the national company laws.

On November 1, 2008, the much discussed Act to Modernize the Law Governing Private Limited Liability Companies and to Combat Abuses has entered into force (Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen – MoMiG, in english: Law Modernising German Limited Liability Company Law and Combating Abuse (MoMiG)).

The purpose of the MoMiG was to strengthen the international competitiveness of the German private limited liability company (Gesellschaft mit beschränkter Haftung, GmbH) by making it easier and less time-consuming to form a GmbH. In addition, any abuse of the GmbH in crisis shall be fought.

The legislator has for the most part accomplished its goal of simplifying GmbH-law, and making it more attractive. Liability risks will be significantly reduced, particularly with regard to contributions in lieu of equity and the raising and protection of capital.

The minimum equity share capital for a GmbH remains at EUR 25000 and will not be reduced to EUR 10,000 as originally planned. The retention of the minimum share capital is intended to help maintain the reputation of the GmbH, especially as compared to the UK Limited. However, the minimum amount of a single share is reduced to EUR 1, which makes it easier to allocate shares among different shareholders.

The Austrian Civil Code (Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch) sets out the general rules regarding property law and the law of obligations, including contract law and tort law and also applicable as a subsidiary legal frame for the business enterprises. The initial source of company law has been the Commercial Code (Handelsgesetzbuch), restated and renamed Business Enterprise Code (Unternehmensgesetzbuch) in 2006.

The Austrian limited liability company (GmbH) is established by setting up a corporate statute to be filed with the Companies Register. The Austrian „GmbH” obligatory minimum registered capital amount is EU 35000.

Key words: Company law, Comparative law, Company law reform, Law modernising limited liability company, Austrian Company Law.